



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Justiz- und Sicherheitskommission
vom: 28. Juni 2013
zur Vorlage Nr.: [2013-121](#)
Titel: **Bericht zum Postulat [2011/215](#): Ausweitung der Online-Versteigerung von brachliegenden Fahrzeug-Kontrollschildern gefordert: Mehreinnahmen ohne Mehrbelastung!**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat

betreffend den Bericht zum Postulat [2011/215](#): Ausweitung der Online-Versteigerung von brachliegenden Fahrzeug-Kontrollschildern gefordert: Mehreinnahmen ohne Mehrbelastung!

Vom 28. Juni 2013

1. Ausgangslage

1.1. Postulat 2011/215

Der Vorstoss 2011/215, von Patrick Schäfli am 1. Juli 2011 als Motion eingereicht und vom Landrat am 3. Mai 2012 als Postulat überwiesen, verlangt, dass der Regierungsrat es ermögliche, verfügbare Fahrzeug-Kennzeichen von BL 5000 bis BL 9999 sowie verfügbare Überführ- oder Garagenkennzeichen mit drei oder weniger Stellen (z.B. «BL 1 U») in Onlineauktionen interessierten Fahrzeughaltern anzubieten. Weiter wird verlangt, dass die Reservierung bestimmter Kennzeichen-Nummern durch die MFK für Lastwagen, Taxis oder Anhänger aufgehoben werden solle.

1.2. Vorlage 2013/121

a) In seiner Vorlage [2013/121](#) vom 16. April 2013 nahm der Regierungsrat Stellung zu obigen Anliegen. Er weist darin auf die Änderung der Verordnung über die Zuteilung von Kontrollschildern (SGS 145.38), die per 1. Mai 2013 in Kraft getreten ist: Neu wird der bisher für Taxis, schwere Motorwagen, Anhänger etc. reservierte Nummernkreis BL 5000 bis BL 9999 freigegeben. Zudem wurde der für die Versteigerung verfügbare Nummernbereich bis BL 20000 erweitert. Somit sind die beiden ersten Forderungen des Postulats erfüllt.

b) Nicht erfüllt werden kann die dritte Forderung, sog. Händlerschilder mit drei oder weniger Stellen ebenfalls online zu versteigern: Dies würde zu praktischen Schwierigkeiten führen, denn die Vergabe von «U-Nummern» ist an umfangreiche Voraussetzungen geknüpft, die von verschiedenen Ämtern definiert sind.

c) Für detailliertere Ausführung wird auf die Vorlage 2013/121 verwiesen.

2. Beratungen in der Justiz- und Sicherheitskommission

2.1. Organisatorisches

Die Kommission hat das Geschäft am 3. Juni 2013 im Beisein von Regierungsrat Isaac Reber und von Stephan Mathis, Generalsekretär der Sicherheitsdirektion, beraten. Die Vorlage wurde von Pascal Donati, Leiter der Motorfahrzeugkontrolle (MFK), vorgestellt, der auch zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung stand.

2.2. Diskussion

a) Seitens der Sicherheitsdirektion wurde betont, die seit 1. Mai 2013 geltende Regelung sei sehr liberal, alle unnötigen Hindernisse seien abgeschafft worden. Die Erfahrungen in anderen Kantonen hätten gezeigt, dass es nur positive Effekte gebe. Die pro Jahr erzielten Einnahmen aus der Versteigerung und der Zuteilung von Wunsch-Kontrollschildern betrage rund CHF 450'000 im Jahr.

b) Als weiterer Schritt wurde von der Motorfahrzeugkontrolle in Aussicht gestellt, dass ab Herbst 2013 eine Plattform im Internet zur Verfügung stehen solle, auf der die Weitergabe von Schildern – auch von ersteigerten Kennzeichen – ganz offiziell abgewickelt werden kann.

c) Weiter wurde ausgeführt, die Frage, ob auch «U-Schilder» versteigert werden könnten, sei ausführlich geprüft worden. Aber voraussichtlich würde der Aufwand in keinem vernünftigen Verhältnis zum Ertrag stehen, denn das Interesse der Garagisten an originellen Nummern dürfte gering sein, da für sie vor allem die wirtschaftlichen Gesichtspunkte zählen.

d) Eintreten auf die Vorlage war in der Kommission unbestritten. Der Haltung des Regierungsrates, wonach zwei Forderungen erfüllt seien und die Erfüllung der dritten Forderung aus Gründen der Praktikabilität abzulehnen sei, schliesst sich die Kommission einstimmig an.

3. Antrag an den Landrat

://: Die Justiz- und Sicherheitskommission beantragt dem Landrat mit 12:0 Stimmen, das Postulat [2011/215](#) abzuschreiben.

Oberwil, 28. Juni 2013

*Im Namen der Justiz- und Sicherheitskommission:
Werner Ruff-Märki, Präsident*